

Waffensystemoffizier vor „Tornado“-Flugzeug in Jagel, Schleswig-Holstein

AXEL HEIMKEN / DPA

Bundeswehr

„Tornado“-Mission ohne Immunität

Die Bundeswehr startet kommende Woche ihre „Tornado“-Mission in Jordanien, obwohl es keine Einigung über eine Immunität für die rund 260 deutschen Soldaten gibt. Berlin versucht seit Monaten, mit der Regierung in Amman ein Stationierungsabkommen auszuhandeln, das einen weitgehenden Schutz der Soldaten vor der lokalen Justiz vorsieht. Deutschland drängt auf die Immunität, weil in Jordanien schon für kleine Straftaten wie Drogenbesitz langjährige Freiheitsstrafen verhängt werden. Auch die Todesstrafe wird noch immer vollstreckt. Dem Verteidigungsministerium zufolge gibt es zwar „konstruktive Fortschritte“ bei den Gesprächen – aber immer noch keine Einigung. Die Soldaten sollen deshalb das Gelände der Luftwaffenbasis bei al-Asrak vorerst nicht verlassen. Die Luftwaffe schickt nächste Woche vier „Tornado“-Jets, die von Jordanien aus Überwachungsmissionen über Syrien und dem Irak für die internationale Koalition gegen den „Islamischen Staat“ (IS) fliegen sollen. mgb

Hochschulen

Umstrittener NC

Ist der Numerus clausus (NC), der die Zulassung zu vielen Studiengängen beschränkt, mit dem Grundgesetz vereinbar? Über den NC für Humanmediziner verhandelt am Mittwoch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Zwei Studienplatzbewerber, ein 26-jähriger Hamburger und eine 27-jährige Schleswig-Holsteinerin, hatten geklagt, weil sie auch nach langer Wartezeit keinen Platz im Fach Medizin erhalten hatten. Die Begründung der Absage in beiden Fällen: zu schlechte Noten. Das Vorgehen der Hochschulen, argumentieren die Kläger, verstoße gegen das Grundgesetz. Dieses garantiert allen Deutschen, Ausbildungsstätte, Beruf und Arbeitsplatz frei wählen zu dürfen. Zum Wintersemester 2017/18 waren 42,4 Prozent aller Studiengänge mit einem NC belegt, wie Wissenschaftler des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) errechneten. Die Zahl steigt seit Jahren. Besonders hoch sind die Hürden in den Stadtstaaten und im Saarland (siehe Karte). In Hamburg etwa sind 85 Prozent aller Universitäts- und 53 Prozent aller Fachhochschulstudiengänge zulassungsbeschränkt. olb

Anteil der Studiengänge, die im Wintersemester 2017/18 mit einem Numerus clausus belegt sind



Zeitgeschichte

Nazis in der DDR

In welchem Umfang einstige Nationalsozialisten in den Bildungsbehörden der DDR weiter wirken konnten, soll jetzt erforscht werden. Das Bundesbildungsministerium (BMBF) fördert dazu ein Projekt des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität Berlin, das klären soll, „inwieweit Nationalsozialisten in der DDR ihre Karrieren unbehelligt fortsetzen oder neue aufbauen konnten“, wie Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sagt – eine „notwendige Ergänzung“ bisheriger Studien, die sich der NS-Belastung in Behörden der alten Bundesrepublik gewidmet hatten. „Die Wahrscheinlichkeit, dass man ehemalige Nazis findet, ist sehr groß“, sagt der Politologe und künftige Projektleiter Klaus Schroeder. Schließlich hätten sie durch ihr Fachwissen ein Alleinstellungsmerkmal gehabt, „man war quasi auf sie angewiesen“. Neben dem DDR-Ministerium für Volksbildung und seiner Vorgängerinstitution sollen das Ministerium für Hoch- und Fachhochschulwesen sowie punktuell die Akademie der Wissenschaften, der Forschungsrat und Teile des Parteiapparats einbezogen werden. Das BMBF finanziert den Forschungsverbund für drei Jahre mit rund 750 000 Euro. akm



GARDI

Einschulung in der DDR 1970